

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 M., monatlich 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 12. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die abgedruckte Normarbeitszeit kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 50 Hg. ...

Genf Sitz des Völkerbundes.

Genf, 12. April. (Nachricht des Holländisch Neuchâtel-Bureaus.) Aus Paris wird dem „Allgemeinen Handelsblatt“ gemeldet: Es wurde ein Beschluß gefaßt, Genf zum Sitz des Völkerbundes zu machen.

Polen besteht auf Danzig.

Genf, 12. April. (Nachricht des Telegr.-Büros.) In einem Interview, das der „Matin“ veröffentlicht, erklärte der polnische Ministerpräsident Paderewski, daß Polen seine Ansprüche auf Danzig aufrechterhalte.

Die Frage des Arbeitsrechts in der Friedenskonferenz.

Paris, 11. April. (Reuter.) Heute nachmittags fand eine Vollversammlung der Friedenskonferenz unter Vorsitz Clemenceaus statt. Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit dem Bericht über das Arbeitsrecht.

Die englische Arbeiterschaft gegen den Kampf mit Rußland.

Amsterdam, 11. April. Das „Allgemeine Handelsblatt“ berichtet aus London: Die Leitung der Arbeiterpartei verlangt im Namen der organisierten Arbeiterklassen und der Arbeiterbewegung, daß die Politik der militärischen Intervention in Rußland sofort eingestellt werden soll.

Scheitern des römischen Generalstreiks.

Rom, 12. April. (21.) Nach Meldungen der italienischen bürgerlichen Presse ist der am Donnerstag in Rom proklamierte Generalstreik gescheitert. Die Eisenbahnen und Straßenbahnwagen waren zwar in den Rußland getreten, doch wurden die öffentlichen Betriebe mit Hilfe eines Aufgebots von Spezialeinheiten aufrechterhalten.

Wachsende Kräftigung der Regierung Hoffmann.

Abfall von der Räterepublik.

Nürnberg, 12. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Lage in Bayern hat sich in den letzten Tagen sehr zugunsten der Regierung Hoffmann, die bekanntlich ihren Sitz in Bamberg genommen hat, verbessert.

In Regensburg, Augsburg, Bayreuth, Schweinfurt, Würth hat sich die Arbeiterschaft durch Abstimmung gegen die bereits ausgerufenen Räterepublik erklärt. In Nordbayern ist es überall ruhig; die Truppen stehen durchweg hinter der Regierung Hoffmann.

Die Lage Münchens wird immer kritischer. Der oberbayerische Bauernbund unter Führung Eisenbergers hat sich gegen die Räteregierung ausgesprochen, wodurch München die Zufuhr aus seinem nächstgelegenen Hinterlande genommen wird.

Münchener Revolutionsrecht.

Die neue „Freiheit“.

München, 12. April. Ein Aufschlag des provisorischen revolutionären Zentralrates gibt bekannt: Die bürgerliche Bevölkerung hat binnen 24 Stunden alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen an die Stadtkommandantur abzuliefern.

Ruhe in Nürnberg.

Nürnberg, 12. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier ist alles ruhig. Heute abend finden 15 Volkssammlungen statt, in denen über die politische Lage gesprochen wird.

Der Streik in Danzig beigelegt.

Danzig, 12. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf Grund von Verhandlungen zwischen der Streikleitung und dem Regierungskommissar Winnig ist der Streik beigelegt. Eine entsprechende Erklärung der Streikleitung wurde heute früh angeschlagen.

Nationalversammlung zu Weimar.

Die Nationalversammlung zu Weimar beschäftigte sich auf Vorschlag des Präsidenten zunächst mit dem auf der Tagesordnung an letzter Stelle stehenden Gesetzentwurf über die Regelung der Kalimixwirtschaft.

(Beifall.) Bezüglich des zur Verhinderung stehenden Entwurfes meint der Redner, daß er zwar nicht die vollständige Sozialisierung bringe, aber einen sehr bedeutenden Schritt dazu darstelle.

Endgültige Regelung der Saargebietsfrage?

Berlin, 12. April. Ein Hunspruch aus Eysen vom 11. d. M. verheißt einen Bericht, wonach der Biererei in der Saargebietsfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll, und zwar soll danach das Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre zuerkannt werden.

Ins neue Freiheits-Preußen!

Ein Bericht der Sozialdemokratischen Fraktion in der preussischen Nationalversammlung.

Die Preußenwahlen des 20. Januar haben der Sozialdemokratie leider nur 145 unter 401 Mandaten gebracht. Wir haben also in der Preussischen Landesversammlung keine Mehrheit.

Eine normale demokratische Regierung muß eine Mehrheit im Parlament hinter sich haben. Eine solche konnten wir bilden mit den Demokraten entweder allein oder mit Demokraten und Zentrum.

Auflösung des alten Polizeistaates durch den freien Volksstaat bezeichnet das Programm der Regierung als ihr oberstes Ziel.

Die planmäßige Siedelung zur Besserung der Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnisse der Bauern und Arbeiter soll sofort erheblich verstärkt werden.

Die Sozialisierung soll im Rahmen des Einzelstaates unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterräte mit aller Kraft und Beschleunigung gefördert werden.

Besonders wichtig und wertvoll sind unsere neuen Ertragschaften auf dem Schulgebiet. Jedem Kinde ohne Unterschied des Geschlechts wird Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern gewährleistet.

Vorschule und Einjährigen-Freiwilligen-Vorrecht fallen sofort.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel wird unverzüglich durchgeführt.

Der Religionsunterricht wird für alle Lehrer und Schüler wahlfrei. Niemand darf zur Erteilung von Religionsunterricht oder zur Teilnahme an ihm gezwungen werden.

Die geistliche Schulaufsicht wird aufgehoben, die Schulleitung kollegial ausgestaltet.

Die Grundschule ist gemein. Das Ziel ist die Einheitschule. Die Gemeinden können statt der konfessionellen Volksschule sofort die Simultanschule einführen.

Die Bildung der Lehrer wird nach ihren Wünschen reformiert. Allen Lehrern wird die Universität geöffnet. Das Ziel ist die Hochschulbildung der Lehrer.

Zur Wiederherstellung der Volkskraft wird ein besonderes Wohlfahrtsministerium geschaffen.

Zukunft allein entscheidet in Zukunft über das Fortkommen, wissenschaftliche Tüchtigkeit allein über die Berufung auf die Hochschulen.

Als die Unabhängigen und Reaktionen hörten, daß das Zentrum in die Regierung eintrete, herrschte bei ihnen lauter Jubel. Die Rückwärtler glaubten sich geborgen, die Unabhängigen schrien brüllend Verrat.

hängige „Freiheit“ mußte anerkennen, daß sich die Rede des Ministerpräsidenten mit diesem Regierungsprogramm „ganz gut anhöre“. Nur um sich vor ihren Anhängern nicht zu blamieren, behauptete sie, es werde bei den „schönen Worten“ bleiben und die Kraftvollen Taten würden ausbleiben.

Wieder fehlgeschlagen! Sofort nach der Bildung der neuen Regierung gingen die Sozialdemokraten in Preußen energisch an die Umbauarbeit. Unter den alten Bureaukraten wird gründlich aufgeräumt. In den ersten drei Wochen wurden von den 12 alten Oberpräsidenten die drei rücktrittsfähigsten fortgesetzt und durch die Genossen Kürbis (Schleswig-Holstein) und Philipp (Schlesien) sowie den Demokraten Lippmann (Pommern) ersetzt. Mit größter Beschleunigung werden jetzt auch auf eine große Zahl von Landratsposten Männer mit modernem Geist, Vertrauensleute der Arbeiterklasse berufen. Der Schülerloß, der den zwangsweisen Religionsunterricht abschafft und allen Eltern das Recht gibt, ihre Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten, ist bereits herausgegeben und in Kraft.

Nicht viel reden, sondern handeln war unsere Parole auch in der Preussischen Landesversammlung. Aber die Reaktionsäre von rechts hielten große Anlagereden gegen die Revolution, auf die wir ihnen die Antwort nicht schuldig blieben, indem wir noch einmal alle ihre Verbrechen an preussischen Volke aufzählten. Und die Unabhängigen gingen gleich mit Dreieinhalbstundentreden an, und sobald wir arbeiten und beschließen wollten, statt zu schwätzen, erhoben sie ein Riesengeschrei über Vergewaltigung der Redefreiheit. Bejammal ergriff in einer einzigen Sitzung Adolf Hoffmann das Wort zur Geschäftsordnung, bloß um uns beim Neuaufbau des freiheitlichen Preußen aufzuhalten. Hinterher klagt dann die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie, es werde in der parlamentarischen Schwachhude nichts geschafft. Welch eine klägliche Heuchelei!

Die vorläufige Verfassung Preußens, die wir dem Lande gegeben haben, ist demokratisch durch und durch. Sie setzt von vornherein fest, daß Preußen jetzt und in alle Zukunft eine Republik ist. Diese Republik hat keinen Präsidenten, den man im Reich wegen der Beziehungen zum Auslande brandst. Die Minister beruft der Präsident der Landesversammlung.

Die Reaktionsäre bemühten sich krampfhaft, noch alle möglichen Erinnerungen an das alte Königtum zu erhalten, aber sie scheiterten an unserem festen republikanischen Willen. Die Unabhängigen stellten unsinnige Anträge. So sollte in der vorläufigen Verfassung gesagt werden, daß die Hohenzollern abgesetzt seien. Dabei sind sie schon seit dem 9. November durch die Revolution abgesetzt, haben selbst auf den Thron verzichtet, und in der Verfassung steht das unzweideutige Wort Republik. Der Unabhängige Rosenfeld hat als Justizminister selbst eine Kommission eingesetzt, welche untersuchen soll, was an Vermögen der Hohenzollern Staatseigentum und was ihr Privateigentum ist. Jetzt auf einmal fordert er, den Hohenzollern alle n Besitz wegzunehmen. Wir haben alle Hohenzollernischen Güter beschlagnahmt, wegkommen kann also nichts. Die letzte Entscheidung wird gefällt werden, wenn die Kommission Bericht erstattet hat. Jubel werden wir ihnen wahrhaftig nicht lassen, aber da wir doch einstweilen alles in der Verwaltung haben, eilt die Entscheidung nicht. Die Unabhängigen forderten ferner Straffreiheit für alle Abgeordneten wegen aller „politischen Vergehen“. Die Abgeordneten sollten also einen Freibrief für politischen Mord erhalten. Reaktionsäre Abgeordnete, die eine Gegenrevolution ins Werk setzten, sollten nicht verfolgt werden können. Mit solchen Überarbeiten fehlen die Unabhängigen der Landesversammlung die Zeit und hindern uns in der praktischen Arbeit fürs Volkwohl.

Aber auch sie werden uns nicht zwingen. Eine Fülle demokratischer und sozialpolitischer Fortschritte ist von der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung in fertigen Gesetzesentwürfen niedergelegt worden, und wir werden trotz den Rückschritten und Unabhängigen durchsetzen, daß diese nach Ostern verabschiedet werden.

## Die „Entwürdigung“ der Welt.

Von Hugo Hillig.

Die ersten Automobilführer, die auf Automotoren von Stephenson in Deutschland fuhren, waren Gentleman; in Frankreich und Italien fanden sie auf ihrer Plattform und Reiserien die lachenden und rathenden Feuermaschinen an den stauenden Bürgern vorbei. Sie waren die Hauptpersonen an dem abenteuerlichen Wagnis, in einer Kutsche mit Eisenrädern auf eisernen Schienen dahinzuwandeln. — Als die Automobilindustrie noch jung war, drängten sich Grafen und Barone, um in den Interimsmomente als Angestellte anzukommen; diese Beschäftigung war noch handgemacht und lag nicht tief unter der Würde der Adelspröfinge. Als Helmut Dix und andere hohe Stützen über Land flogen, waren sie die reinen Weltwunder und als die Flugzeuge immer unabhängiger vom Winden und stürmischen Zufall wurden und so als Kriegswerkzeuge gebraucht werden konnten, jauchsten die Menschen den Fliegerhelden zu. — Als der Rennsport zum Geschäft wurde, war es für die „Herren“ aus Standesrücksichten nicht angebracht, ihren eigenen Hals zu wagen und sie überließen das gefährliche Geschäft Mietlingen, den Jockeys.

Aus dem geschnittenen Gentleman aus den ersten Automobilisten in Deutschland sind heute nützlichere Beamte in Adultranten-Kosten geworden, um die sich keiner der Eisenbahnfahrgele mehr kümmert. Aus den abligen Autofahrern sind Diener geworden oder lächerliche Autodroschkführer, die, wenn nicht gerade ihre Hochkonjunktur ist, auf einen Winkel aufpassen oder abwarten und die, auf Wartepost gestellt, geduldig harren, bis es ihrem augenblicklichen Herrn beliebt, weiterzufahren. Und aus den Fliegerhelden werden heute Luftpostkassen, und es kann vorkommen, daß ein solcher von seinen Fahrgele einen Anschauungsbesuch bekommt, wenn er in einen Strahlenkranz der Luft hineinkippt. Und in manchen Zeitungen schließlich, in denen der Rennsport als eine literarische nationale Angelegenheit behandelt wird, kann man lesen, daß es keine Schande sei, wenn auch die stolzen Herrenreiter sich dazu herbeilassen, um die Weisheit zu reiten.

So geht alles, was der alten Welt Klang verlieh, Nidertrabens verblü! Alles geht herab, verliert seinen schönen Schein, ebnet sich ein in die große Nüchtheit, folgt der Schwerekraft, sinkt wieder in die Gleichgültigkeit zurück, aus der die glänzenden Dinge herausgerückt waren, durch persönliche Eigenschaften der Glänzenden ebenso wie durch Zufall, Entzündungserreger oder Vorurteile der Mitmenschen. Wenn heute jemand Reiter heißt, so wird er kaum besonders stolz darauf sein. Aber doch war der erste Reiter auf der Welt ein Hober, stolzer, denn das jüdische Wort heißt: der Glänzende. Und nennt sich heute einer Reiter, so war auch sein Namenskammerer in großer Tier, der lateinische mayor, der Größere oder Größte in einer Gemeinschaft. Nur der Reiter ist auf der Autokahn des Lebens nicht herabgeglitten, denn der Kommerziant dieses Namens würde keine Urabnen Heber bei den goldumrahmten Plantagen an den Wänden des Herrenhauses auf seinem Rittertische haben, als bei einem geplanten Arbeiterbesuche, dem

So bauen wir in dem neuen freiheitlichen Preußen und rotten die letzten Reste der alten Junkerherrschaft aus.

Wegen der Krawalle und Unruhen der letzten Wochen hat die Landesversammlung auf unseren Antrag eine Untersuchungskommission eingesetzt, die bereits fleißig an der Arbeit ist. Ohne ihrem Urteil vorzugreifen, kann man schon heute feststellen, daß die Schuld an den blutigen Zusammenstößen ausschließlich die Unabhängigen trifft. Wo aber im Verlaufe der Unruhen die Regierungstruppen aus alter militärischer Gewöhnung Uebergriffe und Ausschreitungen begangen haben, werden wir erbarmungslos für Strafe und Abhilfe sorgen.

So sichern wir zugleich Ordnung und Freiheit, die Grundlagen der neuen Staatsordnung.

Auf gesetzlichem Wege ohne Blutvergießen, durch die freie Selbstregierung des freien Volkes wandeln wir den Klassenstaat in den sozialistischen Volksstaat um. Das geht nicht von heute auf morgen. Karl Liebknecht hat in seinen Reden im Dezember 1918 wiederholt erklärt, wenn man ihm die volle Macht gäbe, würde er in 40—50 Jahren die ganze kapitalistische Wirtschaft beseitigen und den reinen Sozialismus an ihre Stelle setzen. Wir denken es rascher zu schaffen. Aber hegen können wir auch nicht und an Jaubermeister glauben nur Kinder.

Was für das Volkwohl praktisch geleistet werden kann, das schafft die sozialdemokratische Fraktion auch in der Preussischen Landesversammlung. Sie braucht zum Erfolge nur eines: das unerschütterliche Vertrauen der Volksmassen, auf das sie nach ihren Worten und Taten Anspruch erhebt. Gelte alle mit, aus dem alten rückständigen Junkerpreußen, dem Abseher der Welt, dem fluchbeladenen Mitschuldigen am Kriege, das neue, freie sozialistische Preußen der schaffenden Arbeit zu bauen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung.

## Die Lage im Ruhrgebiet.

Anhaltende Besserung.

Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten ist die Lage im Ruhrgebiet noch nicht übersichtlich genug, um sich ein Bild über die Wirkung des Beschlusses der Verbände bilden zu können. Man nimmt an, daß die Arbeit erst Montag aufgenommen werden wird. Im Dortmund und Recklinghausenener Bezirk arbeitet ein Teil der Bechen. In einer Reihe anderer Orte beschloffen die Arbeiter Wiederaufnahme der Arbeit. Bei Krupp arbeiteten heute 90 Proz. der Belegschaft.

In Essen und Düsseldorf kam es auch gestern wieder zu Zusammenstößen und Schießereien. In Essen mußte der wiederaufgenommene Strohhahnenverkehr nach drei Stunden wegen der Bedrohung der Fahrer wieder eingestellt werden.

In Essen hat sich, wie es heißt, eine neue Reuener-Kommission gebildet.

## Zu den Unruhen in Düsseldorf.

Die Zahl der Opfer.

Düsseldorf, 11. April. Wie wir von zuständiger Seite hören, beträgt die Zahl der Opfer bei den Unruhen der letzten Tage auf Seiten der Spartakisten etwa 30 Tote und 60 Verletzte. Auf Seiten der Regierungstruppen sind bis jetzt 8 Tote und 24 Verwundete gemeldet. Bei dem gestern abend verübten Putz auf dem Bahnhof wurde das Postgebäude stark beschädigt.

Fortsetzung des Generalfreik.

Düsseldorf, 11. April. Die heute nachmittag von der Generalfreikommission einberufenen sieben Arbeiterversammlungen beschlossen den allgemeinen Ausstand solange fortzusetzen, bis die Regierungstruppen den letzten Schuß in Düsseldorf abgegeben haben. Die Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes sind aufs neue in den Ausstand getreten. In der Bahnhofsgasse und im Stadtteil Oberbilk wird heftig gelämpft. Die Regierungstruppen haben auch Minenwerfer in Tätigkeit gesetzt.

Näher, dessen Blick in der Gefindestube war. Und sollte deren gegenwärtiger Nachfahr gar eine fünf- oder siebenstellige Krone im Siegel führen, so müßte sich aber in seine Verlogenheit über den unendlichen Stammvater auch so etwas wie Stolz, wie herrlich weit er es gebracht.

Aber dieser Stolz hat eine schwache Seite: das mußte schon der alte Boetius im 6. Jahrhundert, den Kaiser, der St. Gallener Kl. überlebte:

Fortuna, die ist so getan:  
te schibe! läst si umbe gän;  
si hit den armen so si wie;  
den riehen hit si se spise;  
umbe louet te rat;  
bide! wellet der bā vaste sag.

Vu dem Adel ist es nicht mehr gehewer, seine Salute sinkt, und hier und da ist er schon dahingerafft und abgeschafft. Wie muß es den bayerischen Geheimräten zumute sein, die vor einigen Jahren das bayerische Reichsheil von 1818 ausgeprophet hatten, um einem Grafen, der in Unterfranken eine Gutswirtschaft betrieb, entweder die Gutswirtschaft oder den Grafentitel zu verbieten. Das machte, die Gutswirtschaft ist ein uraltes Gewerbe und nichts so Kapitalmeut, wie es die Automobilindustrie feinerzeit gewesen ist; der Glanz der Gutswirtschaft war zu abgebläht, um die Grafenkrone zu bestrahlen. Jwar war auch das Grafentum ein uraltes Gewerbe, aber eben darum bedurfte es neuer Lichter, um zu glänzen, die Grafen konnten sich an wuchernden Bodenpekulationen neuesten Kalibers beteiligen, konnten Anleihen an Finanzieren helfen, konnten Industriehäuser, Bergwerksgewaltige werden, nur eben nicht Gutsbesitzer oder sonstiges gewerbetreibendes Geschlecht. Nun hat das alles nichts geholfen, um die Entwürdigung der Welt aufzuhalten: wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog mit. Und in Bayern ist nun der Mantel gefallen.

Auch der Mantel und spanische Staltrud, die Halskrause, der Kabbu, die Sponsionskutsche und Seidenstrümpfe und Anichosen der Hamburger Senatoren gehören nun wahrscheinlich zu den vergangenen Herrlichkeiten. Oder kann man sich vorstellen, daß die neuen Senatoren, die noch vor einem halben Menschenalter Ramine mauernden oder Seegrasmattchen aufspülenden, nun das Gehel von 1800, das den Senatoren bei feierlichen Gelegenheiten diese Pracht vorführte, ängstlich betraden werden? Die Senatoren der alten Schule, die sich bei solchen feierlichen Gelegenheiten in die Eslerpind gezwängt hatten, mögen sich trösten; die Entwürdigung ihrer Welt wäre auch sonst unaussprechlich gewesen. Im Jahre 1848 läuteten in der anderen freien Reichs- und Provinzialstädte alle Kirchenluden der Stadt zu einem Begräbnis und es war doch nur ein einfacher Vereinsbote gewesen, den sie mit ihren Klängen zur Auflösung begleiteten. Aber die Glocken läuteten mehr zu Grabe: der letzte Stroh aus dem letzten altfährlichen Politikergeschlecht hatte in diesem armen Vereinsboten gestekt und das Geschlecht war mit ihm erloschen, ein Stück altfährlicher Staatsgeschichte

Das alte Symbol des menschlichen Lebens: das Gluckstrud. 7. Seite.

## Wirklich ein Tollhaus!

Zwei Geistesranke unter den bayerischen Räteführern.

Zu der Charakteristik der neuen bayerischen „Tollhäuser“ Lipp, Dr. Rothensfelder usw. wird uns von sehr informierter Seite noch folgendes mitgeteilt:

Dr. Rothensfelder paßt durchaus in die Gesellschaft des Dr. Lipp, der schon zweimal das Irrenhaus gestreift hat. Auch Dr. Rothensfelder ist im Sommer 1918 aus der Psychiatrischen Klinik des Dr. Lindenburg in Aöln entsprungen und verdankt es nur der Hilfe eines bekannten Kölner Parteigenossen und seiner schleunigen Abreise in Aöln, daß er nicht wieder nervendgültig interniert wurde. Das Urteil der ihn beobachtenden Ärzte ging einstimmig dahin, daß er für verlässliche Arbeit nicht mehr zu brauchen sei (weil er sich nicht wieder nervendgültig interniert wurde). Rothensfelder war damals streng illegal und rühmte sich literarischer Beziehungen zu dem bekannten katholischen Schriftsteller Gandelmaget. Später wurde er Englandstreser — nach dem Prinzip: Gott streife England! Jetzt ist er „Arbeiterrat“. Arme Arbeiter, die von diesem Geistesranke betrogen werden.

## Wie man Bauern kauft.

Dreimal das Prinzip verraten.

Um sich den Anschein einer Gefolgschaft von bayerischen Bauern zu geben, hat die Münchener Räteregierung mit einer kleinen Kinderheilsgruppe des bayerischen Bauernbundes unter der Führung des Herrn Gandorfer, Bürgermeister und Biegeleibhaber in Pfaffenberg paktiert. Aber trotz der Gefolgschaft seiner Gefolgschaft war Herr Gandorfer nicht billig zu haben. Er stellte drei Bedingungen, die auch prompt alle drei angenommen wurden.

Die erste besagt, daß die Sozialisierung der Landwirtschaft nur bei Betrieben im Umfang von über 1000 Lognerl beginnen dürfe, womit selbst die größten Großbauerngüter von der Sozialisierung verschont bleiben.

Nach der zweiten Bedingung müssen Handel, Gewerbe und Kleinindustrie (man vergesse nicht, daß Herr Gandorfer Biegeleibhaber ist!) ebenfalls von der Sozialisierung verschont bleiben.

Die dritte Bedingung verlangt Wahrung aller Sonderrechte Bayerns. Diese drei Bedingungen sind, wie gesagt, von der „Revolutionären“ und „kommunistischen“ Regierung in München glatt geschluckt worden. Die beiden ersten schlagen den Grundforderungen des Kommunismus ins Gesicht, die dritte ist politisch so reaktionär wie nur möglich. Aber was tut man nicht, um ein Stücken regieren zu dürfen!

## Sozialdemokratische Anträge zum Beamtenrecht.

Die preussische Landtagstaktion hat eine Anzahl Anträge zum Beamtenrecht eingebracht, durch die u. a. folgendes gefordert wird: Abschaffung aller geheimen Personalakten. Bei Eintragung in die Personalakten ist dem davon Betroffenen Mitteilung zu machen. Seine Erklärung ist der Eintragung anzuhängen. Auf Ersuchen des Betroffenen ist vor der Einleitung von Verfahren aller Art der Beamten-, Angestellten- bzw. Arbeiterauskunft zu hören. Die Personalakten sind dem Betroffenen jederzeit persönlich zur Einsicht vorzulegen.

Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung der Kabinettsorder vom Jahre 1788, die den Beamten und Angestellten das Wohnen außerhalb ihres Beschäftigungsortes verbietet.

## Die Krise der deutschen Kartoffelversorgung.

Berlin, 12. April. (Werbung der Telegr.-Komp.) Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Kartoffelversorgung Deutschlands vor einer schweren Krise steht, die sich noch durch die Verschlechterung der Verhältnisse wesentlich verschärft. Angehts der unzureichenden Vorräte dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Notwendigkeit ergeben, die Kartoffelbelieferung schon im Juni ganz einzustellen.

war mit ihm endgültig zu Ende gegangen, nicht zu einem Ende der Herrlichkeit, sondern zu einem äußerlichen Würde baren Abschluß: was ist auch ein Vereinsbote in der Stille bürgerlicher Klüben? —

Glücklicherweise ist diese Rangliste der bürgerlichen Würden eine veränderliche Größe. Eine Entwürdigung ist noch keine Entwürdigung. Eine Entwürdigung kann zugleich eine Reinigung von altem Rottenhaub sein, bei der die wahre Gestalt der Dinge zum Vorschein kommt. Die wahre Gestalt braucht nicht immer schön zu sein. Wie an Rembrandts Nachtwache, die auch erst die Altersspuren so schön gemacht haben, und die man schmerzlich wieder mit dem alten Schwand bedeckt, als man sah, wie nichtig neu sie unter dieser Altersbede aussieht, kann auch die entwürdigte Wirklichkeit nützlich, unklar, verlos sein. Aber über diesem steht die Wahrheit in der Wirklichkeit. Die die Wirklichkeit auch sein mag, rauh, klack, planlos, sie ist es doch, die da ist. Sie wird sich zu ihrer Zeit — dafür sorgt schon die Natur der Menschen — wieder verbrämen mit Zukaten. Und wichtiger ist doch, daß das Gefühl von Würde in dieser tatsächlichen Wirklichkeit verankert werde, als daß es wie ein Pfauenfächer darüber aufbreite und nur scheinbar und alibere. Die jetzt aus der Tiefe der Menschheit aufsteigen, mögen durchdrungen sein von der Ueberzeugung, daß der Menschheit Würde in ihre Hand gegeben ist.

## Notizen.

Das Räteystem im Theater. Nach dem schon vorausgegangenen sind, wird jetzt etwas Befährliches in den drei städtischen Theatern in Leipzig versucht. Eine Theaterverwaltung nahm ein neues Statut an. Danach soll der Vorstand durch einen aus fünf Personen bestehenden Vollzugsrat besetzt werden. Oper, Operette und Schauspiel (Soloperational) werden zwei Vertreter, das Orchester, Chor- und technische Personal stellt die anderen drei Vertreter. Die geschäftliche Leitung obliegt einem vom Vollzugsrat ernannten Verwaltungsdirektor.

Die deutsche Auswanderung. Im 19. Jahrhundert sind 6 bis 7 Millionen Menschen aus Deutschland ausgewandert. Auch nach der Gründung des Deutschen Reiches hat die Auswanderungsbewegung angehalten. In den achtziger Jahren setzte eine Hochflut ein; von 1880 bis 1890 haben 1.882.000 Personen dem Reich den Rücken gekehrt. Im folgenden Jahrzehnt war es noch mehr als eine halbe Million, und von 1910 bis 1914 sind immerhin noch 100.000 Menschen ausgewandert. Im ganzen waren es 2.800.000, die das Deutsche Reich seit seiner Gründung verloren hat. Der größte Teil dieser Auswanderer ließ sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nieder.

Die Herbe des Gelben Fiebers hat nach einem Bericht der „Unschou“ eine Kommission des internationalen Gesundheitsamtes in Südamerika erforscht. Die Hauptquellen der Infektion liegen bei Guayaquil in Ecuador, in einem Gebiet längs der Südküste der Karibischen See, in einem langen Streifen an der Nordküste Brasiliens und in einigen westafrikanischen Bezirken.

# Zweiter Rätekongress.

Fünfter Verhandlungstag.

Die heutige Vormittags-Sitzung begann kurz nach 9 1/2 Uhr. Die Unabhängigen hatten eine Entschließung eingebracht, in der scharfster Protest gegen das Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet, insbesondere gegen die Verhaftung der Reuermittelskommission erhoben wird.

Kamens der S. P. D. wandte sich Kalliski gegen diese Entschließung und beantragte von jeder Debatte und Abstimmung darüber abzusehen. Dieser Antrag wurde angenommen. (Heftige Opposition auf der Linken.)

Dr. Rosenfeld verlas dann den ihm zugegangenen Bescheid des Oberstaatsanwalts beim Kammergericht in der Angelegenheit der Haftentlassung Zebachows. Der Bescheid lautet ablehnend. Er wird begründet mit dem Hinweis darauf, daß Flußüberdacht angenommen wird, und daß die Immunität der Mitglieder des Rätekongresses nicht für begründet erachtet wird. Rosenfeld erhebt scharfen Protest.

Kammern nimmt zum 2. Punkt der Tagesordnung Deutschlands Aufbau und des Rätekongresses das Mitglied des Zentralrates Cohen das Wort. Er führte u. a. aus:

Durch die Revolution am 9. November sind nicht nur alle Monarchien in Deutschland gestürzt, sondern auch das monarchistische Gefühl ist aus dem Herzen der übergroßen Mehrzahl des deutschen Volkes ausgelöscht worden.

Eine solche Revolution hat es niemals in der Welt gegeben.

In den ersten Wochen stellte sich alles lokal auf den Boden der Revolution, und wenn auch solche Erklärungen nicht immer ganz echt waren, so zeugten sie doch von einem ungeheuren Respekt vor der Revolution und den Machthabern. In dieser Zeit war der Deutsche Einheitsstaat da. Dieser ist mit der Wahl zur Nationalversammlung viel zu lange gewartet worden. Wäre sie nach 14 Tagen nach der Revolution einberufen worden, dann hätte sie eine ganz andere Zusammensetzung, sicherlich eine große sozialistische Mehrheit aufzuweisen. Es war ein großer Fehler, den revolutionären Schwung nicht ausgenutzt zu haben. Die Folgen des Rückschlages, der deshalb eintrat, machten sich sehr bald bemerkbar, und zwar zuerst bei den deutschen Einzelstaaten. Mit dem durch die Schuld der Sozialdemokraten gestärkten Partikularismus gewann auch der Bolschewismus in Deutschland an Boden. Das ist verhängnisvoll, da ihm ja die Idee innewohnt,

alles Bestehende niederzureißen und eine neue Ordnung aufzubauen, eine Idee, die natürlich eine besondere Anziehungskraft auf die breiten Massen auszuüben geeignet ist. Der Redner kritisierte dann die Haltung der Nationalversammlung, die sich selbst ihrer Macht entziehen habe, indem sie den Staatensuchern zuließ, ohne den sie nichts machen kann. Sehr scharf kritisierte Cohen die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar, wodurch die ganze Lage sehr verschärft worden sei. Die Regierung hat auf wirtschaftlichem Gebiet keine Schöpferkraft bewiesen. Die Regierung verließ sich allein auf die Gewalt.

Aber die äußerste Linke griff zuerst mit Maschinengewehren die Regierung an.

(Zuruf: Sehr richtig! — Zuruf von der äußersten Linken: Am 8. Dezember (Chausseestrasse!) Einem einzigen Widerstandnis der Regierung stellt ihr dauerndes Anstürmen gegen die Regierung gegenüber. Sie muß Gewalt gegen Gewalt sehen. Die erste Tat der Münchener Räteregierung war die Verhängung des Standrechts. Die deutschen Gewerkschaften waren sehr geeignet, den Träger des Produktionsgebens zu bilden. Aber sie waren zu wenig klassisch, sonst hätten sie sich an die Spitze des Rätegebens stellen müssen. (Zuruf: Das tun sie ja!) Nein, das tun sie nicht, denn wenn sie es richtig getan hätten, wäre nicht eine reine Klassenvertretung übrig geblieben. Ja, habe aber die bestimmte Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften zurückfinden werden. (Zuruf: Ausgeschlossen!) Denn wir können sie nicht entbehren. Die Regierung muß in dem Rätegebanten den gesunden Kern herausnehmen.

Die äußerste Linke beharrt auf den Forderungen der Diktatur. Die Sinnlosigkeit dieser Bestrebungen hat sich schon genügend in Rußland erwiesen.

Von Bayern wollen wir erst gar nicht reden. Denn diese Räteherrschaft stellt ja nur einen Witz in der Weltgeschichte dar. Sollten in Deutschland die Räte zur Herrschaft kommen, so werden sie sich höchstens ein halbes Jahr halten können. Der Staatensucherei ist ein Urding, er ist überflüssig und nichts anderes als der frühere Bundesrat. Die sozialistische Zukunft können wir nur erringen, wenn sie an der Schöpfung der Produktion arbeitet. Ein so sozialistisch gerichtetes Deutschland wird

auch die übrigen Völker Europas, ja der ganzen Welt anziehen und wird die Schaffung der Produktionsgemeinschaft des europäischen Festlandes vorbereiten. Vor allen Dingen müssen wir aber in Deutschland zur Arbeit zurückkehren. Der Redner schloß mit den Worten: Nichts als den Reden an die Deutsche Nation: „Es hängt von Euch ab, ob Ihr die letzten sein wollt eines von der Nachwelt über Gebühr verachteten Geschlechtes, oder ob Ihr der Anfang sein wollt und der Entzündungspunkt einer neuen, über alle eure Erwartungen herrlichen Zeit, von der an die Nachkommenchaft die Jahre ihres Heils zählen wird.“ (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Das Korreferat hielt Däumig: In allen Lagen der Ernährung ist hier gegen die deutschen Arbeiter losgegangen worden, aber kein Wort der Anklage ist gegen das Unternehmertum gefallen, das noch heute dießhalb Sabotage mit der deutschen Volkswirtschaft treibt. In den 100 Tagen seit dem 9. November hat die deutsche Revolution die sonderbarsten Lebensschicksale durchgemacht. In der deutschen Nationalversammlung hat man alles Heil gesehen und in dieser Sitzung hat der Zentralrat eine Todesurde nach der anderen an dem Rätegebanten begangen. Allerdings ist das Rätegebanten nicht vereinbar mit dem Wesen der rein formalen Demokratie.

Der formalen demokratischen Gleichheit muß auch die ökonomische Gleichheit zugrunde gelegt werden. Die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß auf die Demokratie allein ein besseres Staatswesen nicht aufgebaut werden kann.

Wir haben angeblich die Koalitionsfreiheit. Und doch darf keine Volksversammlung stattfinden. Ich sehe nicht an, daßjenige, was ich zu tabeln habe, auch in Kreise meiner Freunde zu tun. (Zuruf bei den Demokraten: Wirschaft!) Aber ich sehe (zu den Demokraten gewandt) davon herablich wenig Freude. Wenn der Kongress die politische Behauptung der Arbeiterkräfte nicht stabilisiert, so werden wir zu keiner Ruhe unter den Massen kommen.

Der alte Obrigkeitssinn muß durch frische sozialistische Kräfte verjüngt werden.

Sie verletzten die lebendige Gefühlsmasse mit den Arbeitern, und ich muß hier immer wieder an das Wort Goethes erinnern: „Wenn Ihr nicht fühlt, so werdet Ihr nie begreifen!“ Wir verlangen die Durchdringung des politischen und wirtschaftlichen Wesens mit dem Rätegebanten und seine Leitung auf politischer und wirtschaftlicher Grundlage.

Zu einem gemeinsamen Vorgehen ist es aber notwendig, daß die Rechtsozialisten nicht blindlings den Weisungen ihrer Führer folgen. Der Rätegedanke ist auf dem Marsche, und ich bin überzeugt, daß er schließlich in der Form zum Ausdruck kommen

wird, die wir wünschen. Dabei bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! auf der linken Seite und zum Teil auf den Tribünen.)

In der Diskussion sprach zunächst für die Demokraten Dr. Richter-Berlin: Für die Demokraten ist unter allen Umständen der Wille des gesamten Volkes oberstes Gesetz. Der Sinn der Revolution ist der, daß über die Rechte der Geburt und über den Kapitalismus hinweg der Arbeit der erste Platz eingeräumt und erkämpft werden muß. Unvereinbar mit den Grundätzen der wahren Demokratie ist aber das Verlangen der Unabhängigen, den Arbeiterräten die höchste Macht auch in allen politischen Fragen zuzuerkennen.

## Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse eröffnete heute auf die günstigeren Nachrichten aus dem Reich in fester Haltung. Auch heute fehlten infolge des Bankrottens der Aufträge der Großbank, so daß das Geschäft im wesentlichen auf einzelne Marktgebiete beschränkt blieb. Auslandsaktien, Kolonial- und Petrochemiewerte lagen sehr fest. Auch Schiffahrtswerte setzten höher ein, waren im weiteren Verlauf ein wenig abgeschwächt, konnten sich aber schließlich wieder kräftig erholen. Am Montanmarkt waren Bismarckhütte und Deutsch-Luzemburg etwa 3 Proz. höher, Lothringische Hütten nach anfänglichem Rückschlag behauptet. Von Rüstungswerten zogen Rhein-Werke mehr als 10 Proz. an, während Daimler abgeschwächt waren. Kriegsanleihen waren nicht wesentlich verändert.

## Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Metallindustrie.

Der Angelegenheitstreik in der Metallindustrie ist in eine neue Phase eingetreten. Die Reichsregierung hatte bekanntlich für gestern eine Verhandlung zwischen beiden Parteien eingeleitet. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat sich dieser Verhandlung entzogen, indem er sich unter dem formellen Grund zurückgezogen hat, daß der Schiedsrichter von den Angeestellten nicht abgelehnt worden sei. Demzufolge wird heute dem Demobilisierungskommissar offiziell von Seiten der Angeestellten mitgeteilt, daß der Schiedsrichter abgelehnt ist und bleibt abzuwarten, ob der Verband der Berliner Metallindustriellen daraus die Konsequenzen ziehen wird und an die Reichsregierung wegen erneuter Verhandlungen herantritt. Sollte er das nicht tun, so wird die Lage sich weiter verschärfen. Die Folgen sind unabsehbar. Ungefähr eine Million Arbeiter wird ohne Brot sein und die Unternehmer beschuldigen, die Betriebe bei Fortdauer des Streiks stillzulegen. Die Angeestellten protestieren gegen diese Sabotage von Seiten der Unternehmer und sind entschlossen, sich ihr gutes Recht nicht durch den Terrorismus der Arbeitgeber aus der Hand schlagen zu lassen. Alle Vorbereitungen, die zur Verschärfung des Streiks am kommenden Montag notwendig sind, sind getroffen. Es steht zu hoffen, daß die Arbeitgeber im letzten Augenblick sich ihrer Pflicht gegen die deutsche Industrie, die sie angeblich zu schützen vorgeben, bewußt werden.

Lohnaufbesserung der Handtuchfahrer.

Seit Anfang Februar d. J. sehen die in den Groß-Berliner Wäsche-Verleihs-Geschäften beschäftigten Arbeiter und Fahrer in einer Lohnbewegung. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschäftigten sich gestern das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz mit der Angelegenheit und kam nach mehrstündiger Sitzung zu nachstehendem Schiedspruch: Anfangslohn 90 Mk., nach dreimonatlicher Tätigkeit 100 Mk., nach weiteren 3 Monaten 115 Mk. mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1919.

Die am Abend abgehaltene Branchen-Versammlung der Handtuchfahrer gab ihre Zustimmung zu dem Spruch des Einigungsamtes.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle organisierten, in den Groß-Berliner Wäsche-Verleihs-Geschäften tätigen Kollegen im Besitz einer braunen Legitimationskarte sind, welche laufend abgestempelt sein muß.

Die Lage im Bankbeamten- und Angestelltenstreik.

Ueber die im Augenblick sehr ernste Lage in der Berliner Streikbewegung machte Ministerialdirektor Krüger folgende Mitteilungen: Die Lage in dem Angestelltenstreik der Metallindustrie ist im Augenblick als ernst anzusehen. Die Vertreter des Verbandes der Metallindustriellen sind gestern zu den angelegten Verhandlungen nicht erschienen. Die beiden Parteien wädeln sich ohne Frage über die meisten Punkte wohl einigen können, doch hängen sich die Arbeitgeber an der Frage des Mitbestimmungsrechtes. Die Angeestellten verlangen, daß die Betriebsräte bei Kündigungen und Entlassungen gefragt werden, daß in Streitfällen der Schlichtungsausschuss gebildet werde. Die Industriellen dagegen wollen sich in dieser Frage freie Hand vorbehalten und stellen es dem Günstigsten anheim, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Es ist zu hoffen, daß die beiden Parteien sich einmal vor dem Demobilisierungskommissar zusammenfinden, um einen endgültigen Kompromiß zu finden. Sollte der Streik fortauern, so muß man immerhin mit sehr ersten Folgen rechnen. In einigen Betrieben sollen bereits am kommenden Montag Entlassungen der Arbeiter erfolgen. Der Regierung stehen außer den bisher verübten Mitteln der Einigungsverhandlungen keine rechtmäßigen Mittel zur Beendigung des gesamten Volkswirtschafts schwer beeinträchtigenden Streiks nicht zur Verfügung. Es erscheint aber ausgeschlossen, daß die Stilllegung so gewaltiger Wirtschaftskomplexe lange tauglos zusehen wird. Es könnten also, falls eine Einigung nicht zustande kommt, Zwangsmassregeln ergriffen werden. Die Lage im Bankbeamtenstreik erscheint hoffnungreicher, da die Bankleitungen gegenwärtig beraten, um mit den Angestellten dann in Verhandlungen einzutreten.

Am heutigen Vormittag traten die Obmänner der streikenden Angestellten der Metallindustrie in Oberland's Betrieben zusammen, um zu dem Abbruch der Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Auffhäuser gab Bericht über die Verhandlungen, die bei dem Ministerialdirektor Krüger geführt wurden. Er teilte mit, daß in Weimar eine Abmilderung der Wehrheitsparteien festgefunden habe, in der den Angestellten das Mitbestimmungsrecht zugesichert wurde. Redner betonte, daß diese Zusage den Angestellten jedoch allein nicht genüge. Man könne heute den Streik nicht mehr abbrechen, ohne daß dieses Mitbestimmungsrecht, der wichtigste Schutz der Angestellten, gesetzlich verankert sei. Es sei Aufgabe, daß die Unternehmer in den nächsten Tagen die Arbeiter aus den Betrieben entlassen würden, um die Werke stillzulegen. Das sei Sabotage in der höchsten wahren Bedeutung. Die Angestellten würden eine solche Schädigung der gesamten Volkswirtschaft jedoch nicht zulassen, sondern wenn es nicht anders ginge, selbst sozialisieren und die Betriebsökonomie der Unternehmer weiterzuführen.

Ohne Diskussion wurde dann beschlossen, den kürzlich gefällten Schiedspruch des Demobilisierungskommissars abzulehnen. Dem Regierungsdirektor wurde folgendes Schreiben übersandt:

„Nachdem die überwältigende Mehrheit der streikenden Angestellten den gefällten Schiedspruch als völlig unzureichend anerkannt hat, teilen wir hierdurch mit, daß von den Obmännern der Schiedspruch offiziell abgelehnt wird.“

Die Bankbeamten haben sich an den Demobilisierungskommissar gewandt. Dieser hat einen Schlichtungsausschuss angesetzt, der unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Schulz, der bekanntlich den Warenhandelsstreik beigelegt hat, zusammengetreten wird, und der in diesem Augenblick die Verhandlungen bereits begonnen haben dürfte.

# Groß-Berlin

Eierpolonäsen!

Die Vereinigung Berliner Eierimporteure schreibt uns: Die Berliner Eiergroßhändler werden in diesen Tagen eine ganz geringe Menge inländische Eier zum Verkauf stellen. Infolge der außerordentlich kleinen Eingänge kann die Ware nur stückweise und ausschließlich in den Läden der Spezial-Verhandlungen zum Preise von 80 Pf. per Stück markenfertig zum Verkauf gebracht werden.

Nun haben wir die Bescherung. Die Rationierung ist aufgehoben. Vorräte an Eiern sind nicht vorhanden. Aber es soll eine ganz geringe Menge kommen, die so teuer sind, daß sie die Kleinsten gar nicht kaufen können. Aber auch diejenigen, die den Preis bezahlen wollen, werden sie selbst bei den wahrscheinlich entsetzlichen Polonäsen nicht erhalten, denn die Menge wird wohl gerade zur Versorgung der näheren Verwandten und Bekannten der Eiergroßhändler ausreichen. Die Aufhebung der Rationierung stellt sich nach allem, was wir bisher erlebt haben, als ein schwerer Mißgriff des Reichsernährungsamtes dar. Hoffentlich zieht auch das R. E. A. daraus die Lehre, daß man die Rationierung nur aufheben kann, wenn man von dem betreffenden Artikel einen größeren Vorrat besitzt und große Lieferungen in Aussicht stehen. Im übrigen wurden, wie uns berichtet wird, Eier an bestimmte Stellen bis zu einem Preise von 250 M. gehandelt.

Die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstages-Sitzung wurden Beschlüsse über deren ersten Teil in der heutigen Morgenansatzung berichtet. Kam es zu einer langen Debatte über die Anträge der Unabhängigen, mit welchen Rotkondensarbeiten der Magistrat die Arbeitslosigkeit bekämpfen will. Stadtbaurat Hahn gab die Auskunft, daß Rotkondensarbeiten seien Bodenhausbauten, Straßen- und Brückenbauten, Untergrundbahnbauten, Bauten im Gaswerk, auf den Gütern usw. teils in Vorbereitung, teils schon in der Ausführung. Für sie werde die Stadt 40 Millionen Mark aufwenden, wovon 15 Millionen das Reich durch Zuschuß zu decken habe. Weitere Projekte, für die sie ebenfalls noch viele Millionen ausgeben wolle, seien in Aussicht genommen. Zur Zeit werden bei den Rotkondensarbeiten 2500 Personen beschäftigt, später hoffe man die Zahl der Beschäftigten auf 6-8000 steigern zu können, aber alle Arbeitslosen werden unterzubringen, sei für die Stadt unmöglich. Die Hauptfrage bleibe, daß die Industrie wieder in Gang gesetzt werden kann. Stadt- Ränge (Soz.) wies darauf hin, wie sehr die Lösung dieser Aufgabe, durch die sich wiederholenden unheilvollen Streiks erschwert werde. Den Unabhängigen warf er vor, daß da gerade keine Parteigenossen eine schwere Schuld treffe. Eiermit einsetzte er eine erregte Redenabsetzung, bei der auf Seiten der Unabhängigen besonders Stadtb. Siebers sich in heftigen Ausfällen erging. Auf seine Drohung: „Nehmen Sie sich in Acht, die nächste Zeit und die Gerichtsverfahren über Sie hinweggehen!“ gab Stadtb. Wernuth (Soz.) die ruhige Antwort, daß man durch Vorträge sich nicht einschüchtern lasse. Stadtb. Wäde (Soz.) stellte fest, daß trotz aller zum Fenster hinaus gehaltenen Reden der Unabhängigen doch über die Sache, über die Notwendigkeit der Hilfe für die Arbeitslosen, übereinstimmig bestehe. — Um 11 Uhr abends schritt dann die Versammlung zur Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Magistrat sofortige Schritte zur Uebernahme der gesamten Lebensmittelversorgung auf die Stadtverwaltung fordere. Zur Begründung wies Stadtb. Vorsteher Schöps (Soz.) hin auf die immer härter hervortretenden Verwundungen, die Kronenwirtschaft abzubauen und den freien Handel wieder einzuführen. Dem müsse beistehen ein Mangel vorzubeugen werden, zumal da auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung noch lange mit Warenknappheit zu rechnen und daher noch weiter eine Rationierung nötig sein werde. Die Uebernahme der Lebensmittelversorgung auf die Stadt werde die wütenden Preissteigerungen verhindern, im übrigen sei ein Zweig der sozialen Fürsorge, die eine Zukunftsaufgabe der Gemeinde bildet. Die Kommunalisierung wird vom Großhandel bekämpft, dem die Kleinhandels-Vorpostendienste leisten, weil sie nicht wissen, daß nur der Großhandel ausgeschaltet und die Ware dem Kleinhandel direkt zur Verteilung zugeführt werden soll. Die Gemeinden müßten aber auch selber Lebensmittel produzieren, um sie der Bevölkerung so billig und so gut wie möglich liefern zu können und dadurch die Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse zu bessern. Für den Magistrat gab der Stadtb. Vorsteher die Lebensmittelversorgung der Stadt mit Bier und Getreide der Kohlenversorgung der Bauart Röhler zustimmende Erklärungen ab. Die Unabhängigen unterstützen den Antrag rückhaltlos, die Demokraten wollten die Tätigkeit der Stadt auf den Einkauf beschränken, verwarfen aber die Eigenproduktion, die Bürgerliche Vereinigung erklärte sich uneingeschränkt als Gegner der geforderten Kommunalisierung. Der Antrag unseres Genossen wurde angenommen. Die Sitzung endete nach 1 Uhr.

Das Wahlergebnis weist übrigens eine eigenartige Konstellation. Die sozialdemokratischen Kandidaten, die zuerst gewählt worden, erhielten 41-38 Stimmen. Es wurden 25 weiße Stimmzettel abgegeben. Darauf entschied sich die sozialdemokratische Fraktion bei der darauf folgenden Wahl der Unabhängigen ebenfalls weiße Stimmzettel abzugeben. Das Resultat war, daß diese Kandidaten nur 25 von 67 abgegebenen Stimmen erhielten. 42 Stimmzettel waren weiß. Durch die „Auge“ Wahl der Unabhängigen konnte dann erreicht werden, daß der bürgerliche Stadtrat Riemer mit 44 Stimmen als Reichsgewählter aus der Liste hervorging. Einzelne der Rechten brachten es also fertig, für Riemer zu stimmen, aber nicht für eine Sozialdemokrat. Recht bezeichnend.

Ein schwerer Raubüberfall auf einen Ausländer wurde gestern abend in Lichterfelde verübt. Gestern abend nahmen zwei junge Männer von etwa 25 Jahren am Bahnhofsplatz eine Drochse nach Lichterfelde. Der Eigentümer des Wagens, Fuhrherr Leopold Kollin aus der Neuen Hochstraße 18 zu Berlin, sah selbst auf dem Bod. Bereits auf Lichterfelde Gebiet, in einer menschenleeren Straße hinter dem Straßenbahnstop, fielen die beiden Hochgänger plötzlich über den Ahnungslosen her, rissen ihn vom Bod, nachdem sie die Drochse angehalten hatten, warfen ihn zu Boden, stellten ihm ein Taschentuch in den Mund, um ihn am Hilferufen zu verhindern, banden ihm die Hände zusammen, ließen ihn liegen, schlangen sich auf den Bod und jagten davon. Bevor der Leberfallene sich der Festeln entledigt und wieder aufgetastet hatte, waren die Räuber mit Pferd und Wagen purlos verschwunden. Eine Stunde später tauchten die Räuber mit der Drochse im Norden Berlins auf und wurden von Beamten des 7. Regiments in der Chausseestrasse angehalten und festgenommen. Über die Verhafteten sind, muß noch festgestellt werden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Rezept No. 150 Gramm Nahrungsmittel auf Abschnitt 111 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 100 Gramm Nahrungsmittel auf Abschnitt 1, zusammen also 250 Gramm, 250 Gramm Nahrungsmittel auf Abschnitt 14 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 250 Gramm Nahrungsmittel auf Abschnitt 19 der Rezeptoren Karte. Auf Abschnitt 17 der Karte gelangt 1 Liter Ausgabe. Als Rinder bis zu 4 Jahren werden an besondere Bezugskarte 125 Gramm Schokoladenpulver oder 125 Gramm Schokolade verteilt. Auf Abschnitt 5 der Rezeptoren Karte gelangt auf Rezeptoren-Karte eine Zitrone oder eine Apfelsine.

Verantwortlich für Politik: Walter Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Walter Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Müller, Berlin, Verlag: Wilmanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Wilmanns-Verlag, Berlin, Verlagsort: Berlin, Unter den Eichen 15, in Berlin, Lindenstraße 2.

